

Brückner, David

Von: Gründig, Uwe (SPD)
Gesendet: Montag, 1. Juni 2026 09:49
An: D01-Sitzungsdienst
Cc: Fraktion SPD
Betreff: WG: Rede Stadtrat Beanstandung Beschluss 0185/26 Mittelfristige
Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den
Zeitraum 2026 bis 2030
Anlagen: Entwurf Rede Beanstandung Moratorium.docx

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Sitzung des Erfurter Stadtrates bat Herr Mroß darum, seine Rede zur DS 1019/26 zur Niederschrift zu nehmen.

Vereinbart wurde, dass wir Ihnen die Rede zur Verfügung stellen. Dem komme ich hiermit nach.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Gründig
Fraktionsgeschäftsführer
Fraktion SPD & PIRATEN
Fischmarkt 1
99084 Erfurt
Tel.: 0361 655 2042
E-Mail: spd-fraktion@erfurt.de
Web.: www.spd-fraktion-erfurt.de

Abteilung Dezernatskoordinierung Sitzungsdienst		RÜ
01. JUNI 2026		WV
(PE-Nummer) 26-00369		Uml
Abteilungsleiter D01 W 26	Weiter an Fr. Villig	

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Erfurterinnen und Erfurt,

ich möchte heute mit einem etwas anderen Bild einleiten.

Wir Thüringer sind ja zu Recht stolz auf Friedrich Fröbel und unsere Kindergärten. Und dieser Begriff wurde auch nicht zufällig gewählt. Frühkindliche Bildung braucht Pflege, Schutz und Weiterentwicklung.

Wir alle hier sind damit heute gewissermaßen auch Gärtner.

Ein guter Gärtner nutzt eine ruhigere Phase, um Wurzeln zu stärken; nicht, um nur zurückzuschneiden. Genau so sollten wir auch mit unseren Kindergärten umgehen. Sinkende Kinderzahlen dürfen nicht reflexhaft Personalabbau bedeuten. Sie sollten auch die Chance sein, Qualität zu sichern, Teams zu stabilisieren und frühkindliche Bildung in Erfurt klug weiterzuentwickeln.

Ein guter Gärtner beschreibt natürlich auch nicht nur den Zustand seines Gartens. Er entscheidet, wie er ihn pflegen und weiterentwickeln will.

Genau das ist der Unterschied zwischen bloßer Beschreibung und politischer Verantwortung. Denn die Herausforderungen sind uns bekannt – die Frage ist, ob wir daraus auch die richtigen Konsequenzen ziehen.

Genau darum ging es bei unserem Beschluss: nicht um Symbolik, sondern um politische Steuerung in einer schwierigen Übergangsphase!

Deshalb halte ich die Beanstandung des Oberbürgermeisters politisch wie fachlich für falsch.

Denn sie erkennt die Probleme an, verweigert aber das sinnvolle Instrument, mit dem wir diese Phase verantwortungsvoll gestalten könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Problemlage ist nicht streitig!

Die Kinderzahlen gehen zurück.

Der wirtschaftliche Druck auf Träger wächst.

Die Unsicherheit bei Fachkräften steigt. Nicht wegen des Beschlusses, sondern weil die Entwicklungen längst real sind.

Und die Frage, wie wir Qualität, Verlässlichkeit und Trägervielfalt in dieser Stadt sichern, steht längst im Raum.

All das beschreibt der Oberbürgermeister in seiner eigenen Begründung selbst. Darin liegt aber auch der zentrale Widerspruch: Die Probleme werden anerkannt, aber die politische Antwort des Stadtrates wird beanstandet. Kompromissvorschläge bleiben völlig aus.

Denn was ist die Konsequenz der Beanstandung?

Aus einer Schutzphase für Fachkräfte, Einrichtungen und Familien würde wieder ein Bericht, eine weitere Prüfung, ein Abwarten.

Aber ein Bericht hält keine Erzieherin im System.

Ein Bericht schafft keine Verlässlichkeit für Familien.

Und ein Bericht nimmt keinem Träger die Unsicherheit.

Der JHA und der Stadtrat wollten deshalb bewusst mehr als bloße Beschreibung. Sie wollten Verantwortung übernehmen und handeln. Und sie haben das nach monatelangen Beratungen getan.

Diese Drucksache war kein Schnellschuss. Sie wurde verändert, präzisiert und weiterentwickelt. Hinweise aus verschiedenen Fraktionen wurden aufgenommen.

Es wurde klargestellt, dass es um tatsächlich vorhandene Stellen zu einem Stichtag geht, nicht um Fantasiestellen.

Es wurde herausgearbeitet, dass Träger zunächst selbst steuern und Personal intern sinnvoll einsetzen sollen.

Und es wurde bewusst festgelegt, dass Kriterien gemeinsam entwickelt werden sollen.

Immer wieder haben wir um die Datenbasis gebeten.

Gerade dieser Punkt ist für mich besonders wichtig:

Der Oberbürgermeister argumentiert, es gebe noch keine Kriterien, keine Förderrichtlinie, keine Verfahrensgrundlage. Aber genau das war doch der Auftrag des Beschlusses: Stadtverwaltung und Jugendhilfeausschuss sollten diese Kriterien GEMEINSAM entwickeln.

Mit anderen Worten: Beanstandet wird ein Beschluss, weil das Ergebnis eines Arbeitsauftrags noch nicht vorliegt, den der Beschluss gerade erst erteilt. Das überzeugt nicht!

Ja, auch die Finanzierung ist eine reale Frage. Und selbstverständlich muss man darüber ernsthaft sprechen. Aber auch hier greift die Argumentation der Beanstandung zu kurz.

Und es liegt in den Händen des Stadtrates über unsere Prioritäten zu entscheiden. Die Beanstandung beschreibt zwar

sehr ausführlich möglichen Kosten des Moratoriums, blendet aber die Kosten des Nicht-Handelns aus: den Verlust von Fachkräften, die Destabilisierung von Einrichtungen, Qualitätsverluste und die Frage, wie wir später Personal zurückgewinnen wollen, das wir heute verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerade darin lag doch die Chance dieser gemeinsam fortentwickelten Drucksache: frei werdende Kapazitäten nicht abzubauen, sondern für Qualität zu nutzen.

Und wir sollten in dieser Debatte noch etwas sehr ernst nehmen: den offenen Brief des Stadtelternbeirates. DANKE!

Dort wird sehr klar beschrieben, was diese Unsicherheit in der Praxis bedeutet – für Familien, für pädagogische Fachkräfte und für den Alltag in den Einrichtungen. Dieses Signal ist ernst zu nehmen. Für Eltern ist Verlässlichkeit in der Betreuung essentiell.

Ich spreche heute sowohl als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, aber auch als Sozialdemokrat. Und in beiden Rollen sage ich: Wir tragen Verantwortung dafür, dass aus dieser schwierigen Lage kein Qualitätsverlust wird. Wir dürfen die Menschen nicht im Stich lassen, die unsere Kindergärten in den vergangenen Jahren am Laufen gehalten haben.

Und deshalb sage ich zum Schluss ausdrücklich:

Wir tragen gemeinsame Verantwortung!

Aber dafür, Herr Oberbürgermeister, braucht es jetzt mehr als Hinweise auf Gesprächsbereitschaft.

Diese Gespräche hätten längst geführt werden müssen. Mit den Trägern. Mit der Elternvertretung. Mit dem Jugendhilfeausschuss. Mit allen, die Verantwortung tragen. Vor allem mit Ihnen als Stadtoberhaupt.

Holen Sie alle Beteiligten an einen Tisch!

Und zwar persönlich.

Nicht irgendwann, jetzt.

Denn wir brauchen gemeinsame Lösungen!

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bestätigen Sie die Beanstandung des Oberbürgermeisters nicht!

Lassen Sie uns an dem Beschluss festhalten.

Und lassen Sie uns weiter gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Meine Fraktion will das tun.

